

22. Parteitag der DKP

2. – 4. März 2018, Frankfurt/Main



Arbeitsheft 3.4

Anträge zum Leitantrag

***Die Offensive des Monopolkapitals stoppen.
Gegenkräfte formieren. Eine Wende zu Friedens-
und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und
sozialem Fortschritt erkämpfen.***

★ LA265 - LA310



Inhalt

Anträge LA265 - LA310

1 **Antrag Nr. LA265**

2 **Antragsteller: MV Kiel**

3 **Zeilen: 915–917**

4 **Antragstext:**

5
6 letzten Satz ersatzlos streichen

7
8 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

9 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA263

10
11 **Begründung:**

12
13 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

14
15
16
17 **Antrag Nr. LA266**

18 **Antragsteller: Gruppe Essen Frohnhausen/Holsterhausen**

19 **Zeilen: 928–985**

20 **Antragstext:**

21 Ersetzen von Zeile 928–985 durch:

22
23 **4. Das zentrale Kampffeld der Kommunistinnen und Kommunisten ist der Betrieb**
24 und hier vor allem betriebliche Auseinandersetzungen. Bei der täglichen Arbeit, vor allem
25 aber in den Auseinandersetzungen um Arbeits- und Einkommensbedingungen ist ihre
26 Position im Klassengegensatz für die Beschäftigten objektiv am deutlichsten zu erken-
27 nen.

28 Obwohl der Grad der Ausbeutung in den letzten Jahren sowohl im produzierenden Ge-
29 werbe, aber auch im kompletten Dienstleistungsbereich vom Kapital immer weiter erhöht
30 werden konnte, führt dies nur bei einem Teil der Beschäftigten zu höherem Bewusstsein
31 und zu steigender Bereitschaft, sich aktiv in (Tarif-) Auseinandersetzungen einzubringen
32 und für ihre Rechte zu streiten und auch zu streiken.

33 In großen Teilen der Belegschaften ist es der Kapitalseite – zum Teil in Zusammenarbeit
34 mit oder zumindest ohne Gegenwehr der DGB-Gewerkschaften – gelungen, sozialpart-
35 nerschaftliche Illusionen, Standortdenken und Ständedünkel so zu unterfüttern, dass
36 betriebliche Kämpfe gar nicht mehr stattfinden und Tarifrunden ritualisiert und oftmals
37 ohne Beteiligung der Beschäftigten stattfinden. In diesen Auseinandersetzungen vertei-
38 digen wir die historische Errungenschaft der Einheitsgewerkschaft.

39 Als Resultat der Tariffucht und der gezielten Angriffe gegen die Flächentarifverträge und
40 aufgrund neuer Tarifforderungen, wie zum Beispiel nach Personaluntergrenzen im Kran-
41 kenhausbereich, gewinnen die Gewerkschaften zunehmend mehr Erfahrungen in der
42 Auseinandersetzung um Haustarifverträge.

43 Obwohl es auf der Ebene der Häuserkämpfe deutlich schwieriger ist, tarifliche Erfolge
44 zu erzielen, zwingt die Zunahme dieser Tarifikämpfe die Gewerkschaften in eine Ausei-
45 nandersetzung mit dieser Art der Konflikte, bei denen die einzelnen Belegschaften das
46 auseinandersetzungsbestimmende Merkmal sind und hier Beschäftigte reale Kampfer-
47 fahrungen und Bewusstseinsbildung erleben. In diese innergewerkschaftliche Debatte
48 bringen wir uns aktiv ein und unterstützen alle Vorgehensweisen, die die betrieblichen
49 Kämpfe wieder zu Kämpfen der Belegschaften macht. Wir erteilen der Stellvertreterpo-
50 litik der Gewerkschaften eine klare Absage und treten im Betrieb und in den Gewerk-
51 schaften Antikommunismus, Nationalismus, Faschismus, Fremdenhass und Sexismus
52 klar entgegen.

53 Unser Ziel ist es, die Basis für eine Aktionseinheit der Arbeiterklasse in den Betrieben
54 zu legen und diese dadurch in den Gewerkschaften wieder erreichen zu können. Nur so
55 ist es möglich, eine stabile Grundlage für antimonopolitische Bündnisse zu bekommen.

56
57 **5. In unserem Kampf um eine Wende zu sozialem Fortschritt sind die wesentlichen**
58 **Kampffelder die betrieblichen Auseinandersetzungen um Entgeltsteigerungen und**

59 **Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.**

60
61 Wir unterstützen wo immer möglich innerhalb von Betrieben Auseinandersetzungen, vor allem
62 in den wesentlichen Kampffeldern:

- 63 3. den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Dazu ge-
64 hören vor allem betriebliche und tarifliche Auseinandersetzungen um Arbeitszeitfragen, die
65 perspektivisch bei Ausweitung der Auseinandersetzungen auch eine Grundlage für gesetz-
66 liche Forderungen der Gewerkschaften und breiterer Bündnisse schaffen können z. B. für
67 5. mittelfristig die Kürzung der gesetzlich zulässigen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit
68 auf 35 Stunden und langfristig auf 30 Stunden.
69 6. die Erhöhung des gesetzlichen Mindesturlaubs auf sechs Wochen.
70 7. die Senkung des Rentenalters auf 63 Jahre und die Wiederherstellung des Rentenniveaus
71 auf 70 Prozent.
72 8. betriebliche und tarifliche Auseinandersetzungen um Personal- oder Penum-Bemessun-
73 gen, wie sie gerade im Bereich der Krankenhäuser, Pflegeheime und Kitas, aber mittlerweile
74 auch z. B. bei den Postdiensten von den Belegschaften gefordert werden.

75
76 Weitere Kampffelder, in denen wir betriebliche Auseinandersetzungen anstoßen oder unterstüt-
77 zen sind:

- 78 9. die Wiederherstellung des Normalarbeitsverhältnisses und den Kampf gegen Prekarisierung
79 insbesondere vor dem Hintergrund der möglichen Folgewirkungen der Digitalisierung. Dazu
80 gehören zunächst die Einschränkung und schließlich das Verbot von Leih- und Zeitarbeit,
81 die Zurückdrängung der sogenannten Mini-Jobs sowie das Verbot von Lohndumping durch
82 Werkverträge.
83 10. der Kampf gegen die Tarifflicht von Unternehmen.
84 11. der Kampf um mehr demokratische Rechte in Betrieb und Wirtschaft. Dazu gehören die
85 Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung auf Planung und Organisation des Betriebes,
86 die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften, unter anderem auf die Aus-
87 und Weiterbildung und auf soziale Standards für neue Tätigkeiten.
88 Dort, wo wir keinen oder fast keinen Zugang in Betrieben haben, unterstützen wir auseinan-
89 dersetzungswillige Belegschaften durch kontinuierliche Arbeit an strategisch ausgewählten
90 Betrieben mit dem Ziel, mittelfristig eine Verankerung in der Belegschaft zu erreichen.

91
92 **Begründung:**

93 Die Änderung der Punkte 4. und 5. im Teil III. „Unsere Kampfziele und Kampffelder“ ist primär
94 notwendig aus drei Gründen. Erstens nimmt der Änderungsantrag die Verortung und Schwer-
95 punktsetzung der Arbeit im Betrieb innerhalb des gesamten Teil III vor und benennt dieses
96 Kampffeld bewusst als das zentrale unserer Partei. Wir schätzen ein, dass sich die Frage, ob
97 wir die Offensive des Monopolkapitals stoppen können (Titel des Leitantrags) daran entschei-
98 den wird, ob es gelingen wird, die betrieblichen Kämpfe mit entsprechenden (Teil-)Erfolgen
99 und einer daran bewusster werdenden und reale Auseinandersetzungserfahrung gewinnen-
100 den Arbeiterklasse zu führen. Darauf aufbauend schärft die die beantragte Änderung zweitens
101 das Verhältnis von Arbeit im Betrieb zu Arbeit in Gewerkschaften, wobei das Engagement
102 von Kommunist*innen in den gewerkschaftlichen Strukturen langfristig nur Erfolge haben kann,
103 wenn ausreichend betriebliche Stärke vorhanden ist und die Arbeit darauf ausgerichtet ist,
104 dass diese entsteht. Neben einer klareren Darstellung des aktuellen Bewusstseinsstandes in
105 den Betrieben und der Benennung der übergeordneten Auseinandersetzung haben wir drittens
106 die Relation von den Forderungen und Zielen betrieblicher Kämpfe zu weitergehenden Forde-
107 rungen nach staatlicher Umsetzung durch Gesetze verändert, da im vorliegenden Leitantrag
108 die überwiegende Mehrheit der wesentlichen Kampffelder auf Veränderungen von Gesetzes-
109 lagen abzielt, ohne die Verknüpfung zu den dafür notwendigen betrieblichen Kämpfen herzu-
110 stellen. Im letzten Abschnitt benennen wir zudem die daraus resultierende Notwendigkeit, auch
111 in Grundorganisationen ohne direkte Anbindung an Betriebe die Arbeit darauf auszurichten,
112 mittelfristig wieder in einem Betrieb verankert zu sein.

113
114 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

115 Ablehnung bei teilweiser Übernahme folgender Passage und Einfügung in Zeile 947 wie folgt:
116 Als Resultat der Tarifflicht und der gezielten Angriffe gegen die Flächentarifverträge und auf-

grund neuer Tarifforderungen, wie zum Beispiel nach Personaluntergrenzen im Krankenhausbereich, gewinnen die Gewerkschaften zunehmend mehr Erfahrungen auch in der Auseinandersetzung um Haustarifverträge. In diese innergewerkschaftliche Debatte bringen wir uns aktiv ein und unterstützen alle Vorgehensweisen, die die betrieblichen Kämpfe wieder zu Kämpfen der Belegschaften machen.

Begründung:

Die vorgeschlagene Veränderung umfasst 4.866 Zeichen im Vergleich zu 3.181 Zeichen des LA-Textes. Sie dehnt damit den Gesamttext unangemessen weiter aus.

Der Antrag befasst sich zum Teil, mit Aussagen zur Gewerkschaftspolitik, die im 2. Hauptantrag ausführlich behandelt werden.

Die vorgeschlagene außerordentliche Gewichtung der Haustarife gegenüber den Flächentarifverträgen erscheint der AK zu einseitig zu sein und schwächt in der Tendenz den Kampf um die Verteidigung der Flächentarifverträge. Dadurch wird – sicher ungewollt – der ohnehin vorhandenen Tendenz des Standortdenkens Vorschub geleistet, die die Antragsteller mit Recht selbst kritisieren.

Die Aussagen zum zentralen Stellenwert der Betriebsarbeit der DKP werden in der Tendenz in Gegensatz gestellt zur Aufgabe der Kommunisten, die Gewerkschaften als „Schulen des Klassenkampfes“ zu verstehen und in dieser Richtung auch in den Gewerkschaften zu wirken. Die vom 22. Parteitag angestrebte Rückorientierung und Reorganisation unserer Betriebsarbeit kann nicht auf die Formel der Antragsteller verkürzt werden „Das zentrale Kampffeld der Kommunistinnen und Kommunisten ist der Betrieb“. Es geht um die Verstärkung der Klassenpolitik und –orientierung überhaupt. Dazu gehört auch die Orientierung auf Branchengruppen, wo Betriebsgruppenarbeit (noch) nicht möglich ist verstärkte Gewerkschaftsarbeit und auch auf die Arbeiterklassenpolitik in den Kommunen.

Die Gewichtung der Arbeitszeitverkürzung gegenüber dem Lohnkampf erscheint der AK zu absolut zugunsten des Themas Arbeitszeit formuliert zu sein.

Die AK stimmt dem Satz, dass im vorliegenden Leitantrag die überwiegende Mehrheit der wesentlichen Kampffelder auf Veränderungen von Gesetzeslagen abzielt, ohne die Verknüpfung zu den dafür notwendigen betrieblichen Kämpfen herzustellen, nicht zu. Der Leitanträge orientiert auf klassenkämpferische Gewerkschaften, auf den Aufbau von Gegenmachtpositionen gegenüber dem Monopolkapital. Natürlich spielt die gesetzliche Verankerung und Absicherung von Kampferfolgen immer eine Rolle in den Klassenkämpfen. Das gehört zum „ABC“ kommunistischer Interessenspolitik. Das war früher im Kampf um den 8-Stundentag, das Wahlrecht, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht anders.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA267

Antragsteller: WG Hamburg-Bergedorf

Zeilen: 928

Antragstext:

Zeile 928 streichen, dafür einfügen

4. Die Arbeiterklasse muss sich in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen als stark und kämpferisch erweisen. Sie muss in der Lage sein, zumindest in einigen Feldern des Klassenkampfes Erfolge zu erringen und damit Druck auf das Kapital auszuüben, und im Übrigen Kraft auszustrahlen. Nur dann ist sie in einer Situation, dass andere Schichten, andere Bündnispartner sich aus der Umklammerung der Monopole lösen. Deshalb wirken wir Kommunistinnen und Kommunisten vor allem anderen für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. ...

Begründung:

Diese beiden Einschübe im Abschnitt III des Leitantrags sollen deutlich machen, dass die genannten „Kampfziele und Kampffelder“ sich aus der im Abschnitt II dargelegten antimonopolistischen Strategie herleiten.

175 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**
176 Erledigt durch die Zeilen 869–876, die zudem weniger von einem abstrakten Grundsatzappell
177 ausgehen, sondern von den realen Problemen.

178
179 **Begründung:**

180
181 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**
182

183
184

Antrag Nr. LA268

185 **Antragsteller: WG Hamburg-Bergedorf**

186 **Zeilen: 936**

187 **Antragstext:**

188
189

190 In Zeile 936 einfügen:

191
192

... Fremdenhass, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus entgegen.

193
194

Begründung:

194 Der Antisemitismus sollte hier ausdrücklich genannt werden, weil der Antisemitismus-Vorwurf
195 in der aktuellen politischen Diskussion gern als „Totschlag-Argument“ gebraucht wird, wenn es
196 in Wirklichkeit um Auseinandersetzungen handelt, die gar nichts mit Rassismus zu tun haben.

197
198

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

199
200

Ablehnung

201
202

Begründung:

202 Das Ansinnen der Antragsteller ist nach Meinung der AK bereits mit den Begriffen des Leit-
203 antrages „Nationalismus, Faschismus, Fremdenhass, Rassismus“ abgedeckt. Antisemitismus
204 fällt in alle diese vier Kategorien.

205
206

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:
207

208
209

Antrag Nr. LA269

210 **Antragsteller: Gruppe Köln Innenstadt**

211 **Zeilen: 936**

212 **Antragstext:**

213
214

215 Einfügen nach ... Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Homophobie sowie Sexismus entgegen
216

217
218

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

219
220

Ablehnung

221
222

Begründung:

222 Das Ansinnen der Antragsteller ist nach Meinung der AK bereits mit den Begriffen des Leit-
223 antrages Sexismus abgedeckt (Z.935: „Wir treten Antikommunismus, Nationalismus, Faschis-
224 mus, Fremdenhass, Rassismus und Sexismus entgegen“).

225
226

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:
227

228
229

230
231

232

Antrag Nr. LA270	233
Antragsteller: WG Hamburg Nord	234
Zeilen 936–939	235
Antragstext:	236
	237
Streichen: Wir wirken ... diffamiert wird.	238
Ersetzen durch: Wir wirken in diesem Zusammenhang gegen die Spaltung der Arbeiterklasse.	239
Wir nehmen die Perspektivangst von Menschen sehr ernst und wenden uns gegen eine Diffamierung solcher berechtigten Sorgen als rassistisch.	240
	241
	242
Begründung:	243
Auch hier eine völlig unnötige Abgrenzung gegen „nationalen Nihilismus“ (was auch immer das sein soll). Ziel unserer Ausführungen sind die Arbeiter in den Betrieben, unsere Kolleginnen und Kollegen, was soll da dieser Bezug auf kleinbürgerliche Gruppierungen ohne Klassenbezug.	244
Wenn wir deutlich machen, dass wir die langfristigen Perspektivängste und die täglichen konkreten Sorgen und Ängste der Menschen ernst nehmen, machen wir klare deutliche Aussagen, gerade gegen Pegida und andere rechte Kräfte.	245
	246
	247
	248
	249
	250
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	251
Ablehnung	252
	253
Begründung:	254
Die bestehende Passage zum nationalen Nihilismus ist gerade in Zeiten wichtig, in denen der Abbau demokratischer Rechte mit den „Erfordernissen des Weltmarktes“ und der „Globalisierung“ gerechtfertigt werden und Interventionen der imperialistischen Mächte mit „universellen Menschenrechten“ und „liberalen Werten“ gerechtfertigt werden.	255
	256
	257
	258
	259
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	260
	261
	262
	263
Antrag Nr. LA271	264
Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg	265
Zeile 939	266
Antragstext:	267
	268
Ersetze „Perspektivangst“ durch „Zukunftsangst“.	269
	270
Begründung:	271
Den Begriff „Perspektivangst“ gab es bisher nicht, „Zukunftsangst“ ist demgegenüber ein üblicher Begriff.	272
	273
	274
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	275
Annahme	276
	277
Begründung:	278
	279
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	280
	281
	282
	283
Antrag Nr. LA272	284
Antragsteller: BMV Nordbayern	285
Zeilen 942–945:	286
Antragstext:	287
	288
<u>Ursprünglicher Text:</u> Die Einheitsgewerkschaft entstand als Konsequenz aus der Niederlage der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus. Wir betrachten sie als historische	289
	290

291 Errungenschaft, die wir verteidigen.
292 NEU: Die Einheitsgewerkschaft entstand als Konsequenz aus der Niederlage der Arbeiterbe-
293 wegung im Kampf gegen den Faschismus. Wir betrachten sie als historische Errungenschaft,
294 die wir verteidigen. Dabei stellen sozialpartnerschaftliche Illusionen in den Gewerkschaften
295 selber eines der Hindernisse dar, die es zu überwinden gilt.

296
297 **Begründung:**
298 Gerade in den Gewerkschaften verhindern sozialpartnerschaftliche Haltungen die Entwicklung
299 eines Klassenbewusstseins.

300
301 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**
302 Ablehnung

303
304 **Begründung:**
305 Dopplung einer bereits getroffenen Feststellung in Zeile 933.

306
307 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**
308

309 310 311 **Antrag Nr. LA273**

312 **Antragsteller: BDK Baden-Württemberg**

313 **Zeilen: 949**

314 **Antragstext:**

315
316 Einfügen: Die Erfahrungen der Gewerkschaftsbewegung, vor allem ihres klassenkämpferischen
317 Teils, in der täglichen Auseinandersetzung ...

318
319 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**
320 Ablehnung

321
322 **Begründung:**
323 Die Gewerkschaften sind die breiteste Formation der Arbeiterklasse. Die in ihnen wirkenden
324 und organisierten klassenbewussten Kolleginnen und Kollegen müssen das Ziel haben, die be-
325 wusstseinsmäßig eher im ständischen oder rein ökonomischen Denken verharrenden breiten
326 Massen für den gemeinsamen Interessenskampf der Klasse zu gewinnen. Dies drückt der Text
327 des Leitantrags an dieser Stelle richtig aus.

328
329 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**
330

331 332 333 **Antrag Nr. LA274**

334 **Antragsteller: LMV Berlin**

335 **Zeile: Nach 952:**

336 **Antragstext:**

337
338 Einfügen eines neuen Absatzes zum Punkt 4.:
339 „Die wichtigste Aufgabe ist derzeit die Verankerung der DKP in der Arbeiterklasse zu steigern.
340 Hierzu sehen wir folgende Handlungsfelder:

- 341
- 342 • Stärkere Konzentration der Parteiarbeit auf Themen der Betriebs-, Gewerkschafts- und Erwerblosenarbeit.
 - 343 • Koordinierung der Tätigkeit von Genossinnen und Genossen in diesem Bereich auf der Ebene des Parteivorstandes und der Landesorganisationen bzw. Bezirke.
 - 344 • Stärkere Fokussierung auf die Bildung von Branchenbetriebsgruppen mit dem Ziel wieder Betriebsgruppen aufzubauen.
 - 345 • Zentrale Maßnahmen zur Unterstützung bspw. für die Herausgabe von Betriebszeitungen.
 - 346 • Schnellere Positionierung zu entscheidenden Themen der Betriebs-, Gewerkschaftsarbeit.
- 347
348

Zudem sollen Schritte unternommen werden, die den Aufbau einer Erwerbslosenarbeit der DKP ermöglichen. 349
350

Begründung: 351

Die Verankerung der DKP als Partei der Arbeiterklasse sinkt beständig. Vor dem Hintergrund, 353
dass wir insbesondere im Bereich der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit noch über Erfahrun- 354
gen und – wenn auch minimale – Verankerung verfügen, müssen wir hier den Schwerpunkt 355
legen. Schaffen wir es in den nächsten Jahren nicht, uns hier wieder politische Positionen und 356
Bastionen aufzubauen, werden wir weiter an Einfluss verlieren. Für die Erwerbslosenarbeit gilt 357
es überhaupt erst einmal wieder Positionen und Aktionsmöglichkeiten zu erarbeiten. 358

Durch die Einfügung dieses Absatzes wird auch der Übergang in den Punkt 5. geschaffen. 359

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: 360

Dieser Antrag gehört nach Ansicht der AK zum Antrag des Parteivorstands zur Parteientwick- 361
lung – „Für Frieden, Arbeit, Solidarität. Die DKP stärken“ 362

Begründung: 363

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag: 364

Antrag Nr. LA275 365

Antragsteller: Kreis Tübingen 366

Zeilen: 953 367

Antragstext: 368

„sozialem Fortschritt“ ändern in „Offensivkämpfen“ 369

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: 370

Ablehnung 371

Begründung: 372

An dieser Stelle geht es um Inhalte der Wende zu sozialem Fortschritt. Die Formulierung würde 373
den Sinn des Satzes entstellen. 374

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag: 375

Antrag Nr. LA276 376

Antragsteller: LMV Berlin 377

Zeilen 953–955: 378

Antragstext: 379

Streichung 380

Bestandteil der Wende zu sozialem Fortschritt ist die Durchsetzung realer Lohn- und Gehaltser- 381
höhungen und die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der sozialen Sicherungs- 382
systeme. 383

Begründung: 384

Der Absatz hat über den gestrichenen Satzteil hinaus keinen Bezug zu den sozialen Siche- 385
rungssystemen und ist im Teil mit Aussagen zum Gesundheitswesen besser verortet. (siehe 386
Antrag zu Zeilen 1062–1074 bzw. deren Verschiebung hinter Zeile 986). 387

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: 388

Ablehnung 389

407 **Begründung:**
408 Die Reduktion der der ökonomischen und sozialen Elemente der Wende auf Lohn- und Ge-
409 haltsfragen greift zu kurz; die Frage der Finanzierung der Gesundheits- und Pflegekostenkos-
410 ten oder der Finanzierung der Altersversicherung greift unmittelbar in die Verteilung des Mehr-
411 werts ein. Die Kosten sind eigentlich Bestandteil des nötigen Bruttolohnes. Selbst der Schritt
412 zur Rückkehr zur „Parität“ würde noch immer die Einbehaltung von Lohn/Gehalt bedeuten.
413 Die Rückkehr zumindest zur früheren paritätischen Finanzierung wäre damit im Grunde eine
414 Lohnerhöhung.

415
416 **Ergebnis der Abstimmung auf dem PT**

417
418
419
420 **Antrag Nr. LA277**
421 **Antragsteller: MV Kiel**
422 **Zeilen: nach 963**
423 **Antragstext:**

424
425 Einfügen: „Neben der Verkürzung der Arbeitszeit müssen wir auch um eine Reduzierung der
426 Intensität der Ausbeutung ringen. Eine Forderung in diesem Bereich kann die Festschreibung
427 von Personalanzahlen für bestimmte Tätigkeiten sein; sie beschränkt sich keinesfalls auf das
428 aktuelle Beispiel der Personalbemessung in Krankenhäusern, sondern muss auch in weitere
429 Bereiche Einzug halten.“

430
431 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**
432 Annahme

433
434 **Begründung:**

435
436 **Ergebnis der Abstimmung auf dem PT**

437
438
439
440 **Antrag Nr. LA278**
441 **Antragsteller: BMV Hamburg**
442 **Zeilen: nach 956**
443 **Antragstext:**

444
445 Z. 957 Stern einfügen:
446 „* den Kampf um die Festlegung von Arbeitspensen und somit die Regulierung der Arbeitsin-
447 tensität. Dazu ist die Menge der Arbeit zur Zeit in solch ein Verhältnis zu setzen, das die Belas-
448 tung am Arbeitsplatz minimiert.“

449
450 **Begründung:**
451 Die Arbeitsbedingungen werden durch immer höhere Arbeitspensen auf Kosten der Gesund-
452 heit verschlechtert. Dieser Kampf ist dringend notwendig, da er 1. Die Kampfkraft stärkt und 2.
453 Wichtiger und dringender Anknüpfungspunkt für Arbeitskämpfe darstellt.

454
455 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**
456 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der Antragskommission zu LA277

457
458 **Begründung:**
459 Die AK sieht durch die Forderung zur Arbeitszeitverkürzung in Zeilen 958–962 die Intention der
460 Antragsteller abgedeckt.

461
462 **Ergebnis der Abstimmung auf dem PT**

463
464

Antrag Nr. LA279

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeilen: 966

Antragstext:

Nach „Wiederherstellung des Normalarbeitsverhältnisses“ anfügen: „... auf der Basis einer ‚kurzen Vollzeit‘ mit 30 Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich als ‚neuem Vollzeitarbeitsverhältnis‘,“

Begründung:

Welches Normalarbeitsverhältnis soll wiederhergestellt werden? Das des männlichen Alleinverdieners mit 35 oder 40 Wochenstunden und Tarifbindung? Wir sollten das schon näher definieren.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt durch Zeilen 960/961

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. LA280

Antragsteller: BMV Hamburg

Zeilen: 969

Antragstext:

Streichen: „, zunächst die Einschränkung und schließlich“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der Antragskommission zu LA248 (Annahme)

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. LA281

Antragsteller: WG Frankfurt Nordwest-Eschersheim

Zeilen: 979

Antragstext:

... Betriebes, insbesondere zur Arbeitsplatzsicherung und Verhinderung von profitorientierten Betriebsschließungen,

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme mit Änderung: „... Betriebes, insbesondere zur Arbeitsplatzsicherung und Verhinderung von Betriebsschließungen, ...“

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

465
466
467
468
469
470
471
472
473
474
475
476
477
478
479
480
481
482
483
484
485
486
487
488
489
490
491
492
493
494
495
496
497
498
499
500
501
502
503
504
505
506
507
508
509
510
511
512
513
514
515
516
517
518
519
520
521
522

523
524
525
526
527
528
529
530
531
532
533
534
535
536
537
538
539
540
541
542
543
544
545
546
547
548
549
550
551
552
553
554
555
556
557
558
559
560
561
562
563
564
565
566
567
568
569
570
571
572
573
574
575
576
577
578
579
580

Antrag Nr. LA282

Antragsteller: Wohngebietsgruppe Stuttgart – Bad Cannstatt

Zeilen: 982

Antragstext:

Als neues Sternchen einfügen: Die durch Prekarisierung der letzten Jahrzehnte etablierten Sozialverbände als Art „Armut-Industrie“ haben sich spätestens aufgrund der Agenda 2010 zu staatstragenden Einrichtungen entwickelt. Ihre Aufgabe ist es, den sozialen Protest zu verhindern, indem die schlimmsten Folgen der sozialen Ausgrenzung durch individuell-karitative Pflästerchen abgemildert werden. Die DKP muss sich bei den entsprechenden Gruppen und Initiativen mit ihren politischen Forderungen einbringen. Betroffene des Prekariats müssen ermuntert werden, sich zu machtvollen Gruppen zusammenzuschließen, um entsprechenden Druck auf die Sozialverbände und den Staat von unten auszuüben.

Begründung:

Das explosionsartige Anwachsen des Prekariats erfordert diese Einfügung.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme in folgender Version:

den Kampf für die in Armut und „prekäre“ Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse abgedrängten Teile der Arbeiterklasse und deren Organisierung in den für sie zuständigen Gewerkschaften zu gemeinsamen Arbeitsausschüssen (so z. B. die Ausschüsse der Solo-Selbständigen in ver.di) oder auch darüber hinaus in mit der Arbeiterbewegung verbundenen Interessensgruppen. Dabei muss auch Druck auf diejenigen Sozialverbände ausgeübt werden, die nur als staatskonforme Sachwalter handeln.

Begründung:

Damit wird die Verbindung zur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stärker gewichtet.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA283

Antragsteller: MV Kiel

Zeilen: nach 981

Antragstext:

einfügen: Wir stellen diese Forderung nach Ausweitung der Mitbestimmung in dem Wissen, dass sie genutzt werden kann zur weiteren Integration ins Co-Management. Gleichzeitig bietet sie aber auch die Chance, die Mitbestimmungsorgane besser im Sinne des Abwehrkampfes zu nutzen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt

Begründung:

Mit der Beschlussfassung des Leitantrags werden u. a. auch die Zeilen 713–717, 812–819, 854–859, 882–883, 933–935 verabschiedet, in denen neben weiteren anderen Abschnitten sehr klar ausgedrückt wird, dass der Kampf um Verbesserungen und Reformen Teil einer revolutionären Gesamtorientierung ist.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA284	581
Antragsteller: Wohngebietsgruppe Frankfurt Nordwest-Eschersheim	582
Zeilen: 984	583
Antragstext:	584
	585
Änderung:	586
... das Recht auf Arbeit und Arbeitsplatzgarantie im Grundgesetz festzuschreiben.	587
	588
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	589
Ablehnung	590
	591
Begründung:	592
Das ist eine Forderung, die nur eine sozialistische Verfassung garantieren kann.	593
	594
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	595
	596
	597
	598
Antrag Nr. LA285	599
Antragsteller: KMV Offenbach	600
Zeilen: nach 985	601
Antragstext:	602
	603
einfügen eines weiteren Sterns:	604
die Forderung zur Überführung des Banken- und Versicherungswesens, der Grund- und Schwerindustrie, des Verkehrs, der Energie- und Wasserwirtschaft und sämtlicher Telekommunikationsmittel in staatliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle	605
	606
	607
	608
Begründung:	609
Vergesellschaftungsforderungen sind der Kern einer antimonopolistischen Orientierung.	610
	611
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	612
Annahme mit Änderungen	613
Veränderung und Umformulierung:	614
- die gezielte Eröffnung einer Debatte über die Notwendigkeit und Voraussetzungen, durch die die Überführung des Banken- und Versicherungswesens, der Grund- und Schwerindustrie, des Verkehrs, der Energie- und Wasserwirtschaft und sämtlicher Telekommunikationsmittel in staatliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle möglich werden.	615
	616
	617
	618
- die Forderung nach unmittelbare Verstaatlichung bei Massenentlassung und Betriebsschließungen (Beispiel Siemens)	619
	620
	621
Begründung:	622
Die Forderung nach aktueller und rascher Vergesellschaftung der Konzerne auf breiter Front geht über die jetzt notwendige Fokussierung auf Stopp der Offensive des Großkapitals und des Kampfes für eine „Wende“ hinausgeht. Sie gehört in ein Forderungsprogramm einer späteren Etappe, der direkten Durchsetzung revolutionär-demokratischer, antimonopolistischer Forderungen, z. B. in einer antimonopolistischen Demokratie.	623
	624
	625
	626
	627
Verstaatlichungsforderungen sind aber in aktuellen Fällen, wie geplanten Konzernumstrukturierungen (Beispiel Siemens, Opel-Konzernumbau) oder bei Betriebsschließungen mit Massenentlassungen aktuell notwendig und werden dann auch zu unseren Tagesforderungen und aktuellen Kampflosungen.	628
	629
	630
	631
	632
	633
	634
	635
	636
	637
	638

639
640
641
642
643
644
645
646
647
648
649
650
651
652
653
654
655
656
657
658
659
660
661
662
663
664
665
666
667
668
669
670
671
672
673
674
675
676
677
678
679
680
681
682
683
684
685
686
687
688
689
690
691
692
693
694
695
696

Antrag Nr. LA286

Antragsteller: Gruppe Münster

Zeilen: 987–989

Antragstext:

Ergänzung in Zeile 987–989:

Gegen Merkels Ideal der „marktkonformen Demokratie“, in der die Konzerne ungebremst agieren und demokratischer Widerstand kriminalisiert wird, muss sich demokratische Gegenmacht formieren.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA287

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeilen 987–990

Antragstext:

Neu fassen wie folgt: Der weitere Abbau demokratischer Rechte muss verhindert werden. Gegen Merkels Ideal der ‚marktkonformen Demokratie‘, in der die Konzerne ungebremst agieren, muss sich demokratische Gegenmacht formieren. Das Erkämpfen demokratischer Gegenmacht ist Teil des Prozesses der Formierung der Arbeiterklasse zu einer Klasse, die um ihre Interessen kämpft.“

Begründung:

1. „Die Demokratie“ haben wir nicht, wohl aber eine bürgerliche Demokratie, die nach und nach durch Abbau demokratischer Rechte entkernt wird.
2. Der Klassenkampf der Arbeiterklasse ist nicht der Formierung „demokratischer Gegenmacht“ unterzuordnen, sondern umgekehrt ist diese als unverzichtbares Element der Entfaltung des Klassenkampfes anzusehen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme des ersten Satzes; die weiteren sind im Zusammenhang mit LA289 erledigt

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA288

Antragsteller: LMV Berlin

Zeilen: nach Zeile 986

Antragstext:

Zeilen 1062–1074: Neuformulierung und verschieben hinter Zeile 986 als neuer Punkt 6. („Der weitere Abbau der Demokratie ...“ wird dann Punkt 7.)

6. Im Gesundheitswesen und bei der Pflege wird besonders deutlich, dass der Kapitalismus alles zur Ware macht. Wir setzen uns für eine gute Gesundheitsvorsorge ein und dafür, dass Patienten und Pflegebedürftige unabhängig vom Geldbeutel eine qualifizierte wohnortnahe medizinische Versorgung und pflegerische Betreuung erhalten. Um diese zu erreichen werden

gute Arbeitsbedingungen und ausreichend Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen entsprechend der zu versorgenden Patienten und Pflegebedürftigen und auch in der Nacht benötigt. 697
698
699

Dabei müssen die Organisationen der Werktätigen und der Betroffenen eine organisierende und kontrollierende Rolle spielen. Das System der betriebswirtschaftlichen Optimierung des Gesundheitswesens ist abzuschaffen. Krankheit und Pflege dürfen nicht länger dem Gewinnprinzip untergeordnet sein. Die paritätische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist wiederherzustellen. 700
701
702
703
704

Begründung: 705

Thematisch reihen sich die Kämpfe im Gesundheitswesen und in der Pflege ein in die Kämpfe der Beschäftigten, wie im Punkt 5 benannt, deshalb favorisieren wir die Verschiebung unter diesen Punkt. Inhaltlich haben wir versucht, den Fokus mehr auf das Gesundheitswesen und die Pflege zu setzen. Die Forderung, die tägliche Daseinsvorsorge wieder zu staatlichen und öffentlich kontrollierten Pflichtaufgaben zu machen ist wichtig und richtig, betrifft aber weitere Bereiche wie Verkehr, Energie etc. und wäre deshalb anderswo besser verortet. Die Stichworte zum Thema Bildung haben wir hier rausgenommen. Bildung sollte einen eigenen Absatz erhalten. 706
707
708
709
710
711
712
713

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: 714

Annahme mit Änderung 715

1. Annahme des Antrages auf Zusammenfassung und Bündelung der gesundheitspolitischen Forderungen zu einem eigenen Abschnitt in Anschluss an den Abschnitt zu Krisen und Kommunen. 716
717
718
719
720
2. Thematische Erweiterung des Problems des Personalmangels im stationären Bereich um Forderungen zu anderen zentralen strukturellen Mängeln im Gesundheits- und Pflegebereich insgesamt, also auch zum stationären und halbstationären Bereich, im Bereich der Psychotherapie, der Arbeitsmedizin und zur Sterbebegleitung. 721
722
723
724
3. Einbeziehung der Empfehlungen zu LA300, LA301, LA303, LA304. 725
4. Ablehnung des Antrages auf Verschiebung des jetzigen Demokratie-Abschnittes 6 auf den Platz 7 726
727
728

Damit wird folgender Text von der AK empfohlen: 729

9. Im Gesundheitswesen und bei der Pflege wird besonders deutlich, dass der Kapitalismus alles zur Ware macht. Die Unterordnung des Gesundheitswesens unter die kapitalistische Verwertung und Konkurrenz bedeutet einen Angriff auf die Gesundheit der Arbeiterklasse, den wir zurückweisen müssen. 730
731
732
733

Wir setzen uns für eine gute Gesundheitsvorsorge ein und dafür, dass Patienten und Pflegebedürftige unabhängig vom Geldbeutel eine qualifizierte wohnortnahe medizinische Versorgung und pflegerische Betreuung erhalten. 734
735
736

Um diese zu erreichen werden gute Arbeitsbedingungen und ausreichend Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen – aber auch im ambulanten Bereich – benötigt. Wir unterstützen den Kampf der Pflegekräfte und setzen uns für eine gesetzliche Personalbemessung in den Krankenhäusern ein. 737
738
739
740

Das System der betriebswirtschaftlichen Optimierung des Gesundheitswesens ist abzuschaffen. Gesundheit, Krankheit und Pflege dürfen nicht länger dem Gewinnprinzip untergeordnet sein. Die paritätische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist wiederherzustellen. Die Streichungen von Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung sind rückgängig zu machen. Die Forderung der Arbeiterbewegung nach einer Einheitsversicherung mit Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze ist so aktuell wie vor 70 Jahren. Aber auch kräftige Lohnerhöhungen aller Werktätigen sind zur finanziellen Absicherung des Gesundheitswesens notwendig. Dabei müssen die Organisationen der Werktätigen und der Betroffenen eine organisierende und kontrollierende Rolle spielen. 741
742
743
744
745
746
747
748
749

Auch bei der Bildung und der Altersvorsorge setzen wir uns dafür ein, dass diese Bereiche der täglichen Daseinsvorsorge wieder zu staatlichen und öffentlich zugänglichen Pflichtaufgaben werden. Ziel ist es, Alten ebenso wie Patienten unabhängig vom Geldbeutel eine gute Betreuung und Vorsorge zu ermöglichen und allen Kindern und Jugendlichen unabhängig vom 750
751
752
753
754

755 Einkommen der Eltern gute Bildungschancen zu eröffnen.

756

757

Begründung:

758

759

760

761

762

763

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

764

765

766

767

Antrag Nr. LA289

768

Antragsteller: Gruppe Münster

769

Zeilen: 989–990

770

Antragstext:

771

772

Ergänzung in Zeile 989–990 soll lauten:

773

Sie beginnt mit der Formierung der Arbeiterklasse zu einer Klasse, die gemeinsam mit ihren Verbündeten um ihre Interessen und Rechte kämpft.

774

775

776

Empfehlung der AK:

777

Annahme mit Ergänzungen:

778

„... Klasse, die selbstbewusst gemeinsam mit ihren Verbündeten um ihre Interessen und Rechte kämpft und die den Zusammenhang zwischen der Herrschaft des Monopolkapitals und reaktionären sowie faschistischen Formen der Machtausübung vermittelt und den Kampf dagegen führt. Die Funktion der sozialen Demagogie der Rechten, die neuerliche Propagierung eines „sozialen Patriotismus“ seitens der AfD zugunsten der „deutschen Arbeiter und Rentner“, das Bemühen um die Organisierung von Gewerkschaftern, Personal- und Betriebsräten bis hin zum Aufbau einer reaktionären Gegengewerkschaft besteht in der Kanalisierung von Unzufriedenheit und Protest in eine für die Herrschaft des Monopolkapitals ungefährliche Richtung.“

779

780

781

782

783

784

785

786

787

Begründung:

788

789

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

790

791

792

793

Antrag Nr. LA290

794

Antragsteller: WG Frankfurt Nordwest-Eschersheim

795

Zeilen: 989–990

796

Antragstext:

797

798

Streichung des letzten Satzes.

799

800

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

801

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA289

802

803

Begründung:

804

805

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

806

807

808

809

810

811

812

Antrag Nr. LA291

Antragsteller: Kreis Tübingen

Zeilen: 1000–1007

Antragstext:

„Zur politischen Isolierung [...] gegen das Kapital“ streichen

Begründung:

Kampfziele müssen den Hauptgegner ins Visier nehmen. Siehe Diskussionsbeitrag von Jürgen Lloyd, Elke und Thomas Mehner in dem es u. a. heißt: „Marxistisch-leninistisches Verständnis erkennt die Herrschaftsausübung der Monopole als Grund der Rechtsentwicklung, welche sowohl das Entstehen faschistischer Massenbewegungen befördert als auch in der Tendenz den Bedarf und mithin die Gefahr für einen Übergang zur faschistischen Form der eigenen Herrschaft beinhaltet. [...] Nicht, dass es etwa ein Fehler sei, die demokratischen Errungenschaften der parlamentarisch-liberalen Form bürgerlicher Herrschaft zu verteidigen. Im Gegenteil! Aber dieser Kampf kann und darf nicht konzipiert sein als Kampf gegen die falsch verstandenen „Rechtskräfte“ – die Verführer und Verführten. Es ist nicht „der Faschismus“, der „die Liquidierung der Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie“ anstrebt, wie es der Antragsentwurf behauptet, sondern es sind die Monopole. Der Kampf zur Verteidigung demokratischer Errungenschaften funktioniert deshalb nicht in Form einer Propagierung der „kleineren Übel“. Dieser Kampf muss gegen die Kräfte gerichtet sein, die konkret und heute die Liquidierung demokratischer Errungenschaften betreiben – und das heißt gegen die Macht der Monopole und gegen deren (heutige) Sachwalter in den bürgerlichen und reformistischen Parteien und Organisationen.“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Inhaltlich erledigt bei Annahme der Empfehlungen der AK zu LA289

Begründung:

Die AK verweist auf die Aussagen des Leitantrags in den Zeilen 1003–1012 in denen die Notwendigkeit der eigenständigen kommunistischen Argumente und Analysen auch gegenüber den Bündnispartnern im Kampf gegen den Faschismus betont und der besondere Stellenwert der Arbeiter- und Gewerkschaftskämpfe hervorgehoben wird.

Antrag Nr. LA292

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeilen: 1014

Antragstext:

„Neonazis“ ersetzen durch: „Faschisten“.

Begründung:

Wir bekämpfen nicht nur „neue“ Faschisten, sondern alle. Und „Faschisten“ ist der wissenschaftliche Begriff.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

813
814
815
816
817
818
819
820
821
822
823
824
825
826
827
828
829
830
831
832
833
834
835
836
837
838
839
840
841
842
843
844
845
846
847
848
849
850
851
852
853
854
855
856
857
858
859
860
861
862
863
864
865
866
867
868
869
870

871
872
873
874
875
876
877
878
879
880
881
882
883
884
885
886
887
888
889
890
891
892
893
894
895
896
897
898
899
900
901
902
903
904
905
906
907
908
909
910
911
912
913
914
915
916
917
918
919
920
921
922
923
924
925
926
927
928

Antrag Nr. LA293

Antragssteller: WG Frankfurt Nordwest-Eschersheim

Zeilen: 1053

Antragstext:

Änderung bzw. Ergänzung:

... Kommunen und gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums. Wir kämpfen um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leistungsfähigkeit der Kommunen sowie für die Rekommunalisierung.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA294

Antragsteller: LMV Berlin

Zeilen: 1056–1058

Antragstext::

Die ersten zwei Sätze sollen ersetzt werden durch:

„Das Recht auf Wohnen kann der kapitalistische Wohnungsbau und Immobilienmarkt nicht gewährleisten. Ein ausreichend guter und bezahlbarer Wohnraum muss durch demokratisch kontrollierten kommunalen Wohnungsneubau und durch die politische Festlegung einer für alle bezahlbaren Mieten geschaffen werden. Die Kommune muss hierbei der Erbauer, Eigentümer und Bewirtschafter der Immobilien sein und bleiben.

In den nächsten Kämpfen geht es vorrangig um:

- die Abschaffung der Umlage von Modernisierungskosten auf die Mieten
- das Verbot von Zwangsräumungen, Strom- und Gassperrungen und aller anderen existenzbedrohenden Zwangsmaßnahmen gegen die Mieter
- die Beschlagnahme von spekulativem Leerstand
- Die Kommune muss das Recht auf Zuweisung Wohnungssuchender und Mitgestaltung der Mietverträge erhalten. Wohnraum-Zwangsbewirtschaftung ist das Gebot. Wir brauchen wieder Wohnungsämter, die ein Zweckentfremdungs- und Umwandlungsverbot durchsetzen können sowie das Verbot von Ferienwohnungen. Dazu muss auch das Personal in der öffentlichen Verwaltung beträchtlich aufgestockt werden.
- Stopp der Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen.
- Rückführung aller privatisierten Bestände in kommunalen Besitz.

Begründung:

Die Formulierung soll die Forderungen unserer Politik deutlicher machen. Hinweis für die Antragsberatungskommission: Es sollte überlegt werden, ob dies nicht ein eigener Punkt in diesem Abschnitt wird.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme des Textes in Form eines neuen eigenen Abschnittes nach dem Teil 9. Zu Gesundheitswesen in folgender Form:

10. Das Recht auf Wohnen kann der kapitalistische Wohnungsbau und Immobilienmarkt nicht gewährleisten. Auch hier dominiert das Monopolkapital: die große Immobilien-, Bau- und Wohnungskonzerne.

In der jetzigen Kampfetappe geht es vorrangig um die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus durch eine demokratisch kontrollierte kommunale Wohnungswirtschaft, einen Mietpreisstopp

und die Absenkung der explodierenden Mietkosten.	929
	930
Zur Behebung der allergrößten Engpässe fordern wir ein Programm zum Bau von 1 Million Sozialwohnungen durch Gemeinden und Genossenschaften in den nächsten fünf Jahren- mit einer Mietpreisbindung von mindestens 5 Jahren.	931
	932
	933
	934
Die Kommunen müssen ermächtigt werden, zur Linderung der Wohnungsnot leerstehenden Wohnraum zu beschlagnahmen. Sie müssen das Recht auf Zuweisung Wohnungssuchender und auf Mitgestaltung der Mietverträge erhalten. Die Privatisierung früheren kommunalen und sozialen Wohnraums ist zurückzunehmen.	935
	936
	937
	938
	939
Zwangsräumungen, Strom- und Gassperrungen und aller anderen existenzbedrohenden Zwangsmaßnahmen gegen die Mieter sind sofort zu verbieten.	940
	941
	942
Begründung:	943
	944
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	945
	946
	947
	948
Antrag Nr. LA295	949
Antragsteller: KMV Offenbach	950
Zeilen: 1056	951
Antragstext:	952
	953
„Das Recht auf Wohnen.... Besitz geschaffen werden“ ersetzen durch:	954
„Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht. Ausreichend bezahlbarer Wohnraum muss durch die Förderung von Wohnungen im öffentlichen Besitz geschaffen werden, verbunden mit einer gesetzlichen einkommensabhängigen Mietobergrenze. Öffentlich geförderte Wohnungen dürfen nicht privatisiert werden.“	955
	956
	957
	958
	959
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	960
Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA294	961
	962
Begründung:	963
	964
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	965
	966
	967
	968
Antrag Nr. LA296	969
Antragsteller: Grundorganisation Essen Steele/Kray	970
Zeilen: 1056–1058	971
Antragstext:	972
	973
Streichen (bis „... geschaffen werden“).	974
Ersetzen durch:	975
Das Recht auf bezahlbaren Wohnraum lässt sich nicht unter privatwirtschaftlichen Bedingungen umsetzen. Der dringend benötigte bezahlbare Wohnraum muss durch den Bau von Sozialwohnungen geschaffen werden auch der auch in Zukunft durch Bundes- und Landesmittel finanziert werden muss.	976
	977
	978
	979
Zur Gewährleistung von dauerhaft preiswertem Wohnraum muss durch Steuerbefreiung bzw. Steuervorteile eine neue Gemeinnützigkeit für Wohnungsunternehmen geschaffen werden.	980
	981
Der bestehende öffentliche Wohnraum darf nicht weiter privatisiert werden. Bauland in öffentlicher Hand darf nicht verkauft werden. Vorrangig soll dieses Bauland für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen.	982
	983
	984
Die Grunderwerbssteuer muss auch dann erhoben werden, wenn Geschäftsanteile der Immobiliengesellschaften gehandelt werden.	985
	986

987 Zur Umsetzung und Wahrung von Mieterrechten ist die Mitbestimmung der Mieter weiter aus-
988 zubauen.

989

990

Begründung:

991

Im vorliegenden Text des Leitantrages sind die strategischen Ziele hin zu einem antimonopolis-
992 tischen-demokratischen Wandel beim Grundrechtsthema Wohnen zu wenig konkretisiert. Die
993 genannten Punkte sollen dieses Ziel verfolgen. Dabei verzichten wir bewusst auf eine mögliche
994 Auflistung von genauso, aber eher tagespolitischer Forderungen und Argumente zum Thema.
995 Letztere sollen sich in den weiteren Programmen (Überarbeitungen) zu den Sachthemen nie-
996 derschlagen.

997

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

998

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA294

999

1000

Begründung:

1001

1002

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

1003

1004

1005

1006

1007

Antrag Nr. LA297

1008

Antragsteller: Gruppe Frankfurt Nordost

1009

Zeilen: 1056 sowie 1060

1010

Antragstext:

1011

In Zeile 1056: Statt ... der Privatwirtschaft überlassen bleiben“ in „ausgeliefert werden“ geändert.

1012

1013

In Zeile 1060 anfügen: „... kommunalen Schulden. Wir erheben die Forderungen, dass Privat-
1014 eigentum an Wohnraum von mehr als 500 Wohnungen zu enteignen und in kommunales Eigen-
1015 tum unter öffentlicher Verwaltung zu überführen ist, und dass Mietpreise gesetzlich beschränkt
1016 werden.“

1017

1018

Begründung:

1019

Die erste Änderung ist sprachlich notwendig.

1020

Die zweite Änderung soll die, die an die Eigentumsfrage rühren, bzw. eine gesetzliche Regu-
1021 lierung der Forderungen zur Wohnungsfrage im Sinne der antimonopolistischen Orientierung
1022 ergänzen um Maßnahmen Wohnungsmarktes beinhalten. Es handelt sich dabei um konkrete
1023 Forderungen, die nützlich sind, um mit betroffenen Menschen ins Gespräch zu kommen.

1024

1025

1026

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

1027

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA294

1028

Begründung:

1029

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

1030

1031

1032

1033

1034

Antrag Nr. LA298

1035

Antragsteller: BMV Nordbayern

1036

Zeilen: 1058–1060:

1037

Antragstext:

1038

Ursprünglicher Text: Wir fordern eine Rücknahme aller Schuldenbremsen und mittelfristig die
1040 entschädigungslose Streichung der kommunalen Schulden.

1041

NEU: Wir fordern eine Rücknahme aller Schuldenbremsen und mittelfristig die entschädigungs-
1042 lose Streichung der kommunalen Schulden. Die regelmäßigen Preissteigerungen in lebenswichtigen
1043 Bereichen, wie Energie, Wohnen, Gesundheit und Lebensmittel müssen gestoppt werden.

1044

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1045
Annahme	1046
	1047
Begründung:	1048
	1049
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	1050
	1051
	1052
	1053
Antrag Nr. LA299	1054
Antragsteller: BDK Baden-Württemberg	1055
Zeilen: 1058–1060	1056
Antragstext:	1057
	1058
Wir fordern eine Rücknahme aller Schuldenbremsen und, mittelfristig die entschädigungslose	1059
Streichung der kommunalen Schulden und ein Verbot der Privatisierung von öffentlichem Ei-	1060
gentum.	1061
	1062
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1063
Annahme	1064
	1065
Begründung:	1066
	1067
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	1068
	1069
	1070
	1071
Antrag Nr. LA300	1072
Antragsteller: Gruppe Münster	1073
Zeilen: 1062	1074
Antragstext:	1075
	1076
Änderung in Zeile 1062: „Im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen wird...“	1077
	1078
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1079
Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA288	1080
	1081
Begründung:	1082
	1083
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	1084
	1085
	1086
	1087
Antrag Nr. LA301	1088
Antragsteller: Gruppe Münster	1089
Zeilen: 1065	1090
Antragstext:	1091
	1092
Änderung in Zeile 1065: „Ziel ist es, Patienten, Menschen mit Behinderung und Alten...“	1093
	1094
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1095
Annahme und Einbau in die komplette Neufassung eines eigenen Gesundheitsabschnittes ge-	1096
mäß Empfehlung zu LA288	1097
	1098
Begründung:	1099
	1100
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	1101
	1102

1103
1104
1105
1106
1107
1108
1109
1110
1111
1112
1113
1114
1115
1116
1117
1118
1119
1120
1121
1122
1123
1124
1125
1126
1127
1128
1129
1130
1131
1132
1133
1134
1135
1136
1137
1138
1139
1140
1141
1142
1143
1144
1145
1146
1147
1148
1149
1150
1151
1152
1153
1154
1155
1156
1157
1158
1159
1160

Antrag Nr. LA302

Antragsteller: MV Kiel

Zeilen: 1067–1069

Antragstext:

Zeile 1067 ab „... und ...“ bis 1069 „... eröffnen ...“ streichen und stattdessen einfügen:
... zu eröffnen. Im Bereich der Schule kämpfen wir für den Bruch mit dem immer noch bestehenden Bildungsprivileg. Wir fordern eine Schule für Alle, um möglichst gute Bildungschancen für alle Kinder, insbesondere aus der Arbeiterklasse, zu gewährleisten. Wir sind uns darüber bewusst, dass solange es Kapitalismus gibt, es keine Bildung nach den Interessen der Lernenden und Lehrenden geben wird.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme mit Änderungen, ohne letzten Satz

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA303

Antragsteller: BMV Hamburg

Zeilen: 1072–1074

Antragstext:

Zeilen 1072 bis 1074 streichen und ersetzen durch:
Die Subsumtion des Gesundheitswesens unter die kapitalistische Verwertung und Konkurrenz bedeutet einen Angriff auf die Gesundheit der Arbeiterklasse, den wir zurückweisen müssen. Das Finanzierungssystem der Fallpauschalen ist abzuschaffen. Wir setzen uns für eine gesetzliche Personalbemessung in den Krankenhäusern ein und unterstützen den Kampf der Pflegekräfte. Gesundheit, Krankheit und Pflege dürfen nicht länger dem Gewinnprinzip untergeordnet sein.

Begründung:

Klarere Formulierung unseres Ziels. Das Finanzierungssystem der Fallpauschalen ist die Voraussetzung, unter denen Gewinne mit der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und das Entstehen großer privater Krankenhauskonzerne möglich wurden. Der Kampf für die Abschaffung der Fallpauschalen ist von zentraler Bedeutung. In diesem Zusammenhang ist auch der Kampf der Pflegekräfte für mehr Personal im Krankenhaus zu sehen. Die Personalnot hat sich nach Einführung der Fallpauschalen dramatisch verschärft, eine gute und ausreichende Personalbemessung ist innerhalb dieser Finanzierungslogik nicht machbar.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme und Einbeziehung in neuen Gesundheitsabschnitt gemäß Empfehlung zu LA288

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA304

Antragsteller: BMV Nordbayern

Zeilen: 1065–1074

Antragstext:

Ursprünglicher Text: Ziel ist es, Patienten und Alten unabhängig vom Geldbeutel eine gute Be-

betreuung und Vorsorge, den Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen bei ausreichendem Personal und allen Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Einkommen der Eltern gute Bildungschancen zu eröffnen. Dabei müssen die Organisationen der Werktätigen und der Betroffenen eine organisierende und kontrollierende Rolle spielen. Das System der betriebswirtschaftlichen Optimierung des Gesundheitswesens ist abzuschaffen. Krankheit und Pflege dürfen nicht länger dem Gewinnprinzip untergeordnet sein.

NEU: Ziel ist es, Patienten und Alten unabhängig vom Geldbeutel eine gute Betreuung und Vorsorge, den Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen bei ausreichendem Personal und allen Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Einkommen der Eltern gute Bildungschancen zu eröffnen. Das System der betriebswirtschaftlichen Optimierung des Gesundheitswesens ist abzuschaffen. Krankheit und Pflege dürfen nicht länger dem Gewinnprinzip untergeordnet sein. Dabei müssen die Organisationen der Werktätigen und der Betroffenen eine organisierende und kontrollierende Rolle spielen.

Umstellung. Begründung:
Für alle aufgezählten Bereiche sind die Beschäftigten Akteure für Veränderungen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme und Einbeziehung in den neuen Gesundheitsabschnitt gemäß Empfehlung zu LA288

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA305

Antragsteller: BMV Nordbayern

Zeilen: 1076–1084

Antragstext:

Ursprünglicher Text: 10. Zur Sicherung der Lebensgrundlagen sind wirksame Konzepte zur Umwelt- und Klimapolitik notwendig. Die DKP wird bestehende Initiativen und Bewegungen unterstützen und sich vor allem für die Verbindung von Arbeiter- und Umweltbewegung einsetzen. Ein zentraler Schwerpunkt wird die Arbeit im Bereich der Automobilindustrie sein. Unsere Vorstellungen für einen ökologischen Umbau der Automobilindustrie bieten dafür Grundlagen, ohne dass es dabei zu Massenentlassungen in der Automobilindustrie kommt. Es gilt die Einsicht zu stärken, dass langfristig nur ein Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu dauerhaft wirksamen Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz führen wird.

NEU: 10. Zur Sicherung der Lebensgrundlagen sind wirksame Konzepte zur Umwelt- und Klimapolitik notwendig. Die DKP wird bestehende Initiativen und Bewegungen unterstützen und sich vor allem für die Verbindung von Arbeiter- und Umweltbewegung einsetzen. Es gilt die Einsicht zu stärken, dass langfristig nur ein Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu dauerhaft wirksamen Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz führen wird. Ein zentraler Schwerpunkt wird die Arbeit im Bereich der Automobilindustrie sein. Unsere Vorstellungen für einen ökologischen Umbau der Automobilindustrie bieten dafür Grundlagen, ohne dass es dabei zu Massenentlassungen in der Automobilindustrie kommt. Analog zu unseren Forderungen nach Konversion in der Rüstungsindustrie, erklären wir uns zum Ziel, dass die Belegschaft über die Neuausrichtung der Produktion bestimmt. Damit übernimmt die Belegschaft in den relevanten Betrieben praktisch die Führung im Kampf um die Lösung gesamtgesellschaftlicher Probleme. Wie auch bei unserem Ringen um die öffentliche Daseinsvorsorge gilt die Maxime: Demokratie muss bei der Arbeit anfangen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Inhaltliche Annahme in gekürzter Form unter Einbeziehung der Anträge LA306, LA307, LA308. Mit neuer Gesamtnummer 11. Umformung in einen neuen Ökologie-Forderungsteil.

Teilweise auch bereits erledigt durch den neuen Abschnitt A IV im vorderen Teil des Leitantrages. Daraus ergibt sich folgender Text:

1219 11. Zur Sicherung der Lebensgrundlagen sind wirksame und miteinander abgestimmte Einzel-
1220 konzepte zur Umwelt- und Klimapolitik notwendig; sie sind Bestandteil unserer antimonopol-
1221 listischen Strategie. Die DKP wird dabei bestehende Initiativen und Bewegungen unterstützen,
1222 aber sich vor allem mit eigenen antimonopolistischen Konzepten und Materialien und Vorschlä-
1223 gen für die Verbindung von Arbeiter- und Umweltbewegung einsetzen.
1224 Ein Schwerpunkt wird die Arbeit im Bereich der Automobilindustrie und der Energiepolitik sein.
1225 Unsere Vorstellungen für einen ökologischen Umbau der Energiewirtschaft und Automobilin-
1226 dustrie sowie für eine Umsteuerung in der Verkehrspolitik berücksichtigen, dass es dabei nicht
1227 zu Massenentlassungen kommt. Wir fordern, dass die Belegschaften über die Neuausrichtung
1228 der Energiewirtschaft und der Automobilindustrie entscheidend mitbestimmen. Auch hier gilt
1229 der Grundsatz: „Demokratie muss bei der Arbeit anfangen.“

1230
1231 Wir wollen eine grundlegende antimonopolistische Wende auch gegen das Diktat der nationa-
1232 len und internationalen Transport- und Logistikkonzerne erzwingen, die den individuellen Mas-
1233 senverkehr auf den Straßen so absurd ausgeweitet haben, dass zu Stoßzeiten die Verkehrs-
1234 wege nicht nur in den Ballungszentren und auf den Hauptverkehrsadern völlig überlastet sind.
1235 Investiert werden muss in Mobilitätskonzepte, die Individual-, Bus-, Bahn- und LKW-Verkehr
1236 vernetzen.

1237
1238 Im Kampf gegen die aktuellen Hungersnöte in der Welt müssen die großen Agrar-, Chemie- und
1239 Lebensmittelkonzerne, müssen die imperialistischen Staaten und die imperialistische Konstruktio-
1240 n EU zur Rechenschaft gezogen werden, Sie zerstören in neokolonialistischer Manier die heimi-
1241 sche Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in vielen Staaten und Regionen Afrikas, Asiens
1242 und Lateinamerikas. Wasser und Boden werden zum Spekulationsobjekte großer Konzerne und
1243 verursachen weitere Flucht- und Vertreibungswellen tausender Kleinbauern und Landarbeiter.

1244
1245 Nur im Kampf gegen die vom Imperialismus aufgezwungenen Kriege und gegen das Diktat der
1246 Konzerne können die Versorgung durch heimische Produzenten geschützt, fairere Handelsab-
1247 kommen durchgesetzt sowie eine qualitativ hochwertige und langfristige Nahrungsmittelver-
1248 sorgung abgesichert werden.

1249
1250
1251 **Begründung:**
1252 Der Begriff „zentraler Schwerpunkt „ wird abgeändert, weil der Straßenverkehr im Bereich der
1253 Ökologie zwar ein wichtiger Punkt ist, aber objektiv nicht das zentrale (!) Problem darstellt.
1254 Zum Vergleich: CO2 Ausstoß durch Verkehr ca.15%, durch Energiewirtschaft 46% und durch
1255 Eigenbedarf der Industrie 21%.

1256
1257 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

1258
1259
1260

1261 **Antrag Nr. LA306**
1262 **Antragsteller: WG Frankfurt Nordwest-Eschersheim**
1263 **Zeilen: 1077–1078**
1264 **Antragstext:**

1265
1266 Änderungen in:
1267 Ziffer 1077: Die DKP wird entsprechende Initiativen...
1268 Ziffer 1078: ... und sich vor allem für die ...

1269
1270 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**
1271 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA305

1272
1273 **Begründung:**

1274
1275 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

1276

Antrag Nr. LA307

Antragsteller: WG Frankfurt Nordwest-Eschersheim

Zeile: 1079

Antragstext:

Einfügung:

... einsetzen. Dabei geht es angesichts der weltweit zunehmenden Klima- und Hungerkatastrophen sowie der Lebensmittelskandale in Deutschland und der EU insbesondere um eine preisgünstige, qualitativ hochwertige und langfristige Nahrungsmittelsicherung. Sie ist national und international gefährdet durch die weiter zunehmende Marktmacht der Nahrungsmittel-, Agrar- und Chemiekonzerne, sowie auch infolge der fortschreitenden Digitalisierung durch die Landmaschinen- und IT-Konzerne. Deshalb ist ein enges Bündnis der Arbeiterbewegung mit der werktätigen Bauernschaft und Landbevölkerung unerlässlich.

Selbst im beginnenden Zeitalter der technischen Digitalisierung bleibt die von Karl Marx und Friedrich Engels formulierte Schlussfolgerung aktuell: „, dass die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können.“ (M. E.-Werke, Band II, S. 156)

Ein zentraler

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA305

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA308

Antragsteller: LMV Berlin

Zeilen: 1082–1084

Antragstext:

Änderung des Satzes

Es gilt die Einsicht zu stärken, dass letztlich nur ein Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise und die Errichtung einer sozialistischen Planwirtschaft dauerhaft wirksame Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz möglich machen.

Begründung:

a) das Wort „langfristig“ entfällt (und wird durch „letztlich“ ersetzt), weil es innerhalb des Kapitalismus weder lang- noch kurzfristig dauerhaft wirksame Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz gibt.

b) Umwelt- und Klimaschutz sind ein Feld, auf dem relativ leicht nicht nur das zerstörerische Potential des kapitalistischen Profitsystems, sondern auch die Notwendigkeit einer vernünftig geplanten Wirtschaft aufgezeigt werden können.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

1277
1278
1279
1280
1281
1282
1283
1284
1285
1286
1287
1288
1289
1290
1291
1292
1293
1294
1295
1296
1297
1298
1299
1300
1301
1302
1303
1304
1305
1306
1307
1308
1309
1310
1311
1312
1313
1314
1315
1316
1317
1318
1319
1320
1321
1322
1323
1324
1325
1326
1327
1328
1329
1330
1331
1332
1333
1334
1335

1336
1337
1338
1339
1340
1341
1342
1343
1344
1345
1346
1347
1348
1349
1350
1351
1352
1353
1354
1355
1356
1357
1358
1359
1360
1361
1362
1363
1364
1365
1366
1367
1368
1369
1370
1371
1372
1373
1374
1375
1376
1377
1378
1379
1380
1381
1382
1383
1384
1385
1386
1387
1388
1389
1390
1391
1392
1393

Antrag Nr. LA309

Antragsteller: Gruppe Dortmund Nord

Zeilen: 1105–1118

Antragstext::

Ersetzen durch:

Lage der Partei

Die Partei wird von der ganzen Wucht der Niederlage von 1989/91 getroffen. Ohne den sicheren Rückraum und die vielfältige Unterstützung für Revolutionäre, die Existenz einer real existierenden, identitätsstiftende Systemalternative, ihre zentrierende ideologische Kraft ist die Einheit der kommunistischen Weltbewegung aufgebrochen und ihre ohnehin geringe Kraft in den kapitalistischen Zentren ist weiter dramatisch geschwächt. Zwar war die Einheit der Kommunisten immer gefährdet. Sie hat in den Konflikten, zunächst mit den jugoslawischen, später mit den chinesischen Genossen strategische Einbrüche hinnehmen müssen, die auch zu einer Verhärtung und Kanonisierung in Theorie und politischer Praxis beigetragen haben. Aber mit der ideologischen Abwicklung in der Gorbatschow-Phase und dann im Verlauf der Niederlage des Sozialismus brachen gewissermaßen die ideologischen Dämme. Viele Genossen verließen die Partei, teilweise in Schüben, in organisierter Form. Auch gegenwärtig ist die Partei mit einem solchen Prozess konfrontiert, der zusammen mit unserer Überalterung, die Existenz der Partei als bundesweit agierende Kampfgemeinschaft bedroht.

Dennoch ist es das große Verdienst der Partei, den einheitlich organisierten Marxismus, die Partei Luxemburgs, Liebknechts und Thälmanns, in Deutschland überhaupt erhalten zu haben. Dies gilt umso mehr, je weiter sich die PDL auch programmatisch von einem sozialistischen Ziel entfernt und ihren Platz in einem reformierten kapitalistischen Deutschland sucht. Doch zu einem hohen Preis. Die Partei hat unter der Dominanz der imperialistischen Bewusstseinsindustrie und angesichts der eigenen Schwäche und Niederlage viele wichtige Kader und Positionen in Betrieben, Hochschulen und Verwaltungen verloren. Ihre Auftritte und ihre politische Praxis wurden zunehmend defensiv. Prioritäre Bündnisarbeit, teilweise unter Vermeidung eines Bekenntnisses zur Partei, wurde – möglicherweise unbewusst – auch als ein gewisser Ausweg aus der Kompliziertheit eines eigenständigen Auftretens bevorzugt. Es ist bislang wohl nicht ausreichend gelungen, eine Begründung: für eine kommunistische Partei im hier und jetzt, im imperialistischen Deutschland des 21. Jahrhundert so zu formulieren und zu verankern, dass dies als eine überzeugende Alternative, als ein gangbarer Weg erscheint. Hier liegt eine der wichtigsten Aufgaben für unsere ideologische Arbeit in der UZ und in der Bildung.

Dies alles kommt zu einer Zeit, in der die Existenz starker kommunistischen Parteien, einer starken DKP wichtiger ist denn je. Weder ist mit dem Ende der „Systemkonfrontation“ eine Friedensdividende ausgeschüttet worden, noch hat sich der Imperialismus als friedensfähig erwiesen, noch ist das „sozialdemokratische Jahrhundert“ angebrochen von dem greise SPD-Funktionäre träumten. Mit der Niederlage des Roten Oktober ist die disziplinierende Macht weggebrochen, die zwar den Imperialismus nicht gänzlich in Schach halten, ihm aber doch geostrategisch als auch sozialökonomisch gewisse Grenzen aufzeigen konnte, die er im Eigeninteresse nicht zu überschreiten vermochte.

Mit der neoliberalen Gegenreformation und der neokonservativen geostrategischen Offensive hat der Imperialismus zu sich selbst zurückgefunden. Damit ist der Spielraum für freiwillige Zugeständnisse an den Reformismus tendenziell auf Null geschrumpft. Hierin hat der Niedergang der reformistischen Parteien seine tiefere Ursache. Eine auch nur partielle Rückgewinnung der Fähigkeit diesen Prozess zu bremsen oder sogar partiell aufzuhalten, setzt die Rückgewinnung des Bewusstseins vom Klassenkampf, vom antagonistischen Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Kapitalisten voraus. Ein Bewusstsein, das der herrschenden Klasse sehr wohl und sehr ausgeprägt vorhanden ist, auch wenn sie sozialdemokratische Funktionäre sozialpartnerschaftlich einzulullen versuchen. Und es setzt das Bewusstsein voraus, dass der zerstörerische und menschenverachtende Imperialismus nicht das letzte Wort der Geschichte sein muss. Eine andere, eine humane Welt ist möglich.

Dieses Bewusstsein entsteht nicht von selbst. Ebenso wenig wie die bürgerliche Bewusstseinsproduktion, die ein hochorganisiertes mehrstelliges Milliardenunternehmen ist. Ohne starke, auch ideologisch starke kommunistische Parteien, ist es den Millionen unmöglich sich gegen die Milliardäre zu behaupten. Die Erfahrung zeigt seit den 1920er Jahren das alle Abspaltungen von der Partei zu keiner Stärkung, weder der Arbeiterbewegung noch der kommunistischen Parteien, geführt haben. Das wird auch gegenwärtig nicht der Fall sein.

Die Situation der Partei und die absolute Dominanz des Klassegegners erfordern von uns mehr als es ohnehin geboten ist, eine möglichst konkrete und zutreffende Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse zu leisten. Welche Kämpfe werden tatsächlich geführt? Wo entwickelt sich Widerstand? Was bewegt die Klasse? Nur dann wird es uns gelingen, unsere Kräfte auf die richtigen Punkte zu konzentrieren, unsere unmittelbaren Aufgaben zu bestimmen und mit den Erfahrungen der Praxis wiederum unsere Theorie- und Strategieentwicklung zu bereichern. Wollen wir das erreichen, brauchen wir aber auch eine möglichst gut organisierte Partei, mit funktionierende Strukturen, Kollektivität in Diskussion und Aktion, Anleitung, kritische Betrachtung der eigenen Arbeit und Solidarität untereinander. In dem Wissen, dass es nicht zuletzt auf uns wenige „Gefährten im Zorn und im Streit“ ankommen wird, damit ein neuer Oktober doch noch die Chance auf eine menschliche Gesellschaft eröffnen kann.“

Begründung:

Wenn das zweite der beiden Oberkapitel des Leitantrages schon „Der Kampf der Kommunistinnen und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland“ heißt, dann sollten wir eine Einschätzung der Lage unserer Partei an sich und im Rahmen der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht aussparen. Die Verständigung über die konkrete Situation, in der wir uns als Partei befinden, hilft primär auch dabei, die richtigen Schlussfolgerungen und Aufgabenbestimmungen zu treffen. Ganz nach dem Motto: wer die eigene Position nicht kennt, findet auch nicht den richtigen Weg. Das leistet der Antrag bislang nicht, wenngleich der zweite Antrag des PV an den Parteitag hier begrüßenswerte Schritte gemacht hat.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

die hier angesprochene und den Rahmen mengenmäßig völlig sprengende Ergänzung wird im Antrag Nummer 2 des PV an den 22. Parteitag behandelt.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA310

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeilen: 1116

Antragstext:

Einschieben: „Die DKP steht in der Tradition der marxistischen Arbeiterbewegung, der revolutionären Sozialdemokratie und der KPD.“

Dann weiter mit: Die DKP ist die kommunistische Partei ...

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Die UZ jetzt auch

online lesen!



Liebe Genossin, lieber Genosse,

sichert euch jetzt den unbegrenzten Zugriff auf alle Artikel der UZ! Alle Texte, das gesamte Archiv, die Dossiers und Dokumentationen können auf jedem Endgerät – PC, Tablet, Smartphone – abgerufen werden.

Die UZ online kostet im Monat nur 1,- € (ermäßigt), 2,- € (Normalabo) oder 3,- € (Förderabo), wenn sie zusätzlich zum Print-Abo gebucht wird!

Jetzt bestellen